

Österreichs Demokratie – Eine bedenkliche Entwicklung

Nachdem in den vergangenen Wochen die verfassungsmäßig garantierten Grundrechte der Gesellschaft von der Regierung mit atemberaubender Geschwindigkeit abgeschafft wurden, ist es höchst an der Zeit, den gegenwärtigen Zustand auf Demokratiekompatibilität zu prüfen.

Welche gesetzlichen Maßnahmen wurden gesetzt:

Es wurde das Versammlungsrecht abgeschafft.

Es wurde das Betreten des öffentlichen Raums weitestgehend verboten. Einzige Ausnahme davon sind vier Gründe deren Notwendigkeit und Wichtigkeit vom Gesundheitsminister vorgegeben werden. Dabei ist insofern bemerkenswert, dass, um strafbar zu werden, nicht die Tat an sich (Betreten der Straße), sondern das Motiv (warum sind Sie auf der Straße, was tun Sie hier?) ausschlaggebend ist.

Der persönliche Kontakt zu anderen Mitbürgern wird auf die Mitbewohner im selben Haushalt begrenzt.

Die Reisefreiheit ist abgeschafft.

Die meisten Geschäfte wurden geschlossen. Das freie wirtschaftliche Handeln wurde verunmöglicht, mit desaströsen Auswirkungen auf Unternehmer und Mitarbeiter, somit allen Menschen im Land.

Mit welchen Grundlagen begründet die Regierung diese Maßnahmen:

- Pandemie von Coronaviren COVID19.
- Infizierten- und Todesfallmeldungen aus Italien.
- Eigene Infiziertenzahlen aus dem Inland.
- Überlastung des Gesundheitswesens.

Was waren die kommunizierten Ziele der Regierungsmaßnahmen:

- Anfangs: Leben retten
- Nach zwei Wochen: Die Überlastung des Gesundheitssystems vermeiden
- Derzeit: Das Virus bekämpfen und ausrotten

Abgesehen davon, dass kein Staat der Welt ein pandemisch verbreitetes Virus ausrotten kann, die Regierung ihre eigenen Zielvorgaben für die

Regierungsstrategie andauernd ändert, beruft sich die Regierung dabei auf epidemische Zustände, ohne die medizinischen und statistischen Grundlagen dafür zu liefern.

Und genau hier kann und muss man die Regierungsmaßnahmen hinterfragen und Kritik üben dürfen, vor allem, wenn vom Staat derart stark zum Nachteil in das persönliche und öffentliche Leben eingegriffen wird. Es wird behauptet, dass man rechtzeitig und schnell handeln musste, um Leben zu retten.

Die pathetische Behauptung der Regierung, sie würde Menschenleben retten, muss verneint und zurückgewiesen werden. Die Aufgabe der Regierung ist es, ein Land am Laufen zu halten. Wie gut das gelingt, bewertet in erster Linie nicht die Regierung sondern die davon Betroffenen. In einer Demokratie erhält die Regierung spätestens am Wahltag das Zeugnis über ihre Leistungen, zumindest von den dann wahlberechtigten Bürgern. Das Lebenretten übernehmen alle Menschen, die dafür zuständig sind. Als da sind Ärzte und Ärztinnen, Pfleger und Pflegerinnen, Menschen die im Notfall zu Hilfe kommen, Feuerwehrleute, Polizisten und Polizistinnen etc. Eine verantwortungsbewusste Regierung hat die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass alle damit Befassten ihre Arbeit verrichten können. Und es muss in einer Demokratie möglich sein, über die, von der Regierung gesetzten Maßnahmen aber auch über die Unterlassungen zu diskutieren und diese danach zu bewerten, ob sie zielführend und verhältnismäßig sind. Auch gehört es zum Kern einer Demokratie, dass abweichende Meinungen zur Regierungslinie ausgesprochen und vertreten werden können, ohne von dieser abgewertet zu werden.

Die Rechtzeitigkeit lässt sich schon einmal hinterfragen, wenn man seit Mitte Dezember 2019 von den Vorfällen in China wusste, wenn seitens der WHO bereits Anfang Jänner öffentlich gewarnt wurde. Ich gehe davon aus, dass ein Gesundheitsminister andere Kanäle zur WHO hat als CNN oder ZDF. Warum wurde in der Zeit bis zum 16. März nichts unternommen um das Gesundheitswesen der befürchteten Herausforderung anzupassen, wenn man schon von der Tödlichkeit des Virus überzeugt war? Warum wurden die Kapazitäten im Gesundheitswesen nicht ausgeweitet? China hat in zwei Wochen ein Krankenhaus mit 10.000 Intensivbetten errichtet. Deutschland hat seine Intensivbettenkapazität im Februar und März um 50% erhöht. Hierzulande aber wurden nicht einmal Aktivitäten zum Ankauf von Schutzanzügen und Schutzmasken gesetzt; im Gegenteil, der Bevölkerung wurde suggeriert, Schutzmasken seien unwirksam – um dann von einem Tag auf den anderen auf partielle Schutzmaskenpflicht umzustellen. Erst in Zeiten der weltweiten Mobilitätsbeschränkungen und Grenzschießungen wurde panisch reagiert. Auf die Pflegeheime, die Ärztinnen und Ärzte des niedergelassenen Bereiches sowie auf die Zahnärzte und Zahnärztinnen wurde gänzlich vergessen.

Wurden Ärzte und Fachpersonal nach China geschickt, um über das Virus und die dadurch ausgelösten Krankheiten zu lernen? Warum wurden nicht genügend Testkapazitäten geschaffen? Darüber wird vom Gesundheitsminister nichts verlautbart also kann man davon ausgehen, dass dies nicht geschehen ist. Dieser Bereich ist aber dem Gesundheitsminister zuzurechnen und hier ist er für Handlungen und Unterlassungen auch letztverantwortlich.

Nachdem auf der Angebotsseite der Spital- und Intensivbetten nichts getan wurde, wurden in der Nacht vom 15. auf den 16. März Maßnahmen zur Eindämmung der Nachfrage nach den Spitalsbetten gesetzt. Mit den sehr scharfen Ausgangsbeschränkungen wurden so ziemlich alle verfassungsmäßigen Grundrechte der Bevölkerung außer Kraft gesetzt.

Ein derart starker Eingriff in die Grundrechte setzt aber voraus, dass alle anderen erforderlichen Maßnahmen zuvor ergriffen werden müssen, um die Verhältnismäßigkeit zu wahren.

Stattdessen wird seitdem ausschließlich tabuisierend und angstmachend kommuniziert. Die damaligen Aussagen von Kanzler und Vizekanzler waren „wir müssen Leben retten“, „jedes Leben zählt“ und „koste, was es wolle“. Bundeskanzler Kurz spricht von zehntausenden Toten, hunderttausenden Toten, „jeder wird bald einen Corona-Toten persönlich kennen“ etc.

Zusätzlich kommen die Äußerungen des Bundeskanzlers („nicht befolgen der Verfassung auf Punkt und Beistrich“, „der VFGH kann ja im Nachhinein prüfen“, „es gibt immer wieder Leute, die spitzfindig sind“ etc.) über verfassungsrechtliche Bedenken an den von den Regierungsparteien initiierten COVID-19-Gesetzen mit einer erstaunlichen Flapsigkeit daher, die man am sogenannten Stammtisch akzeptieren kann, aber nicht muss. Für einen Parteichef der ÖVP sind sie schon sehr bedenklich und lassen auch tief blicken, aber als Bundeskanzler, der auf ebendiese Verfassung vereidigt wurde, sind sie schlichtweg inakzeptabel und durchaus als Grund für ein Amtsenthebungsverfahren zu überlegen.

Die präsentierten Entscheidungsgrundlagen kann man nur als abenteuerlich bezeichnen. Sämtliche Zahlen, die seit Beginn der Maßnahmen verlautbart wurden sind entweder falsch oder schlichtweg nicht überprüfbar. So wird von Infizierten gesprochen, ohne dass man die gesamte Bevölkerung getestet hat. Es müsste also erkannte Infizierte lauten. Es wird von Corona-Toten gesprochen, ohne durch Obduktion zu überprüfen, wer kausal am Virus gestorben ist. Es wird von Mortalität oder Letalität gesprochen, die ohne die obengenannten Daten gar nicht seriös errechnet werden kann.

Weitere Begründungen und Hilfsargumente, die Bundeskanzler, Vizekanzler und Gesundheitsminister liefern, änderten sich im Verlauf der Zeit von Exponentialfunktionen über Verdoppelungsraten zur jetzt gerade verwendeten Replikationsrate, ohne auf die zuvor verwendete Begründung einzugehen. So wurde zu Beginn neben der Präsentation atemberaubender Katastrophenprognosen, basierend auf exponentiellem Wachstum, festgestellt, dass die Verdoppelungsrate der Infizierten von damals angenommenen alle 2 Tage auf 4 bis 5 Tage erreicht werden müsse. Ende März hatten wir eine Zunahme von 7% täglich, was einer Verdoppelung in ca. 10 Tagen entspricht. Dann sank die tägliche Zunahme von 5,6% über 4% auf 2%, was einer Verdoppelung in **35** Tagen entspricht. Es wurde die Zahl der Infizierten lange nicht um die Genesenen und Verstorbenen korrigiert. Dies erfolgte erst nach drei Wochen. Außerdem besagt die Replikationszahl nicht, wie viele Menschen am Virus erkranken sondern lediglich, wie viele Menschen von einem Virusträger durchschnittlich infiziert werden. Da aber sehr viele, vor allem jüngere Menschen, sich infizieren, ohne zu erkranken, ist diese Maßzahl aussagegelos.

Es wird seitens der Regierung immer darauf verwiesen, dass man an den Zahlen sehe, wie gut die Maßnahmen greifen. Das ist falsch und wissenschaftlich unseriös, da die Auswirkungen der Maßnahmen auf erkannte Infizierte frühestens nach 12 bis 14 Tagen, auf die Todeszahlen frühestens nach 32 Tagen erkennbar sind. Zumindest die Todeszahlen bis Ostern spiegeln also den ungebremsten Verlauf der Epidemie ohne Einfluss von Regierungsmaßnahmen wider, die ja erst mit Wirkung 16. März gesetzt wurden.

Abgesehen davon, dass, beim Bewerten von Maßnahmen immer Menschenleben gegeneinander aufgerechnet werden müssen (von wegen „jedes Menschenleben zählt“), kommt der Regierung schön langsam die Erkenntnis, dass das Herunterfahren einer Volkswirtschaft Geld kostet und andere Menschenleben gefährdet und dass panische, nicht zielgenaue Maßnahmen noch viel teurer sind - sowohl an Kosten wie an Menschenleben. Bemerkenswert dazu die Aussage des Herrn Vizekanzlers in der Nationalratssitzung vom 22. April, „es ist viel leichter einen Staat herunterzufahren, als ihn wieder hochzufahren“. Tja, das hätte man aber auch vorher bedenken können - wie so vieles andere.

Zur Phrase „koste, was es wolle“ einige Zahlen. Die Gesamtkosten des Gesundheitswesens in Österreich betragen p.a. 3,8 Mrd (inklusive Investitionen 4,1 Mrd). Die Kosten eines Intensivbettes belaufen sich auf 500.000,- sehr hoch geschätzt (außerhalb Wiens und AKH, die Hälfte). Die derzeitigen Kosten des Staatsshutdowns: 38 Mrd plus. Mit diesem Geld hätte man also das gesamte Gesundheitswesen verdoppeln oder mindestens 76.000 zusätzliche Intensivbetten bezahlen können. Österreichweit gibt es derzeit 2.993

Intensivbetten. Mit Stand 24. April sind davon 245 durch Covid19-Patienten belegt.

Im Lichte des oben angeführten kann man also durchaus zum Schluss kommen, dass das Auftreten der Bundesregierung, die Summe der Maßnahmen – Hausarrest aller Bürger, Bewegungseinschränkungen, Anhalterecht und Motivüberprüfung durch die Polizei, Verhinderung der Erwerbstätigkeit zur Befriedigung eigener Bedürfnisse, Verhinderung von Demonstrationen und der politischen Meinungsäußerung, Abwertung und Diskriminierung aller Kritiker mit abweichender Meinung, Intransparenz der Entscheidungsgrundlagen, Sammelgesetzgebung – eher einen Polizeistaat beschreiben als die demokratische Ordnung, die in der österreichischen Verfassung verankert ist.

Die andauernde Änderung der Regierungsmeinung zur Sinnhaftigkeit von gesundheitlichen Maßnahmen, das erratische und kurzfristige Ändern von Entscheidungsgrundlagen, das Berufen auf Experten (die niemand kennt) statt auf Expertisen, die tabuisierende und eskalierende Rhetorik – all dies kann bei zur Angst neigenden Menschen durchaus zu Panik führen. Ist dies etwa gewollt? Bei kritischen Menschen lässt diese Vorgehensweise jedenfalls alle Alarmglocken läuten.

Dass Bundeskanzler, Innenminister und Gesundheitsminister die Bürger über Inhalt und Wirksamkeit der Covid-19-Gesetze auf Pressekonferenzen und im ORF nachweislich falsch informieren, stärkt auch nicht gerade das Vertrauen in die handelnden Personen noch in die von Ihnen erlassenen Verordnungen und Gesetze. Nachdem man davon ausgehen kann, dass die Herren ihre Gesetze und Verordnungen kennen, kann man nur vermuten, welches Motiv hinter den verbal verschärfenden Missinterpretationen steht.

Auf die Ausbreitung eines Virus kann man mit einem Staatsstillstand reagieren. Das ist die Holzhammermethode; nicht sehr intelligent, aber effektiv. Muss man aber nicht, man könnte auch intelligente Methoden anwenden wie z.B. Risikogruppen schützen, Gesundheitswesen adaptieren, Infektionen dort zulassen, wo mit hoher Wahrscheinlichkeit keine Krankheit entsteht oder nur geringe Symptome auftreten, Obduktionen durchführen, Daten erheben und auswerten, also Krankheit immer besser verstehen und dadurch die Gesellschaft ruhig durch diese Phase führen. Das wäre nicht nur effektiv sondern darüber hinaus auch effizient und vor allem ein Zeichen von Führungsstärke. Angst zu schüren, Panik zu erzeugen, andauerndes Selbstlob, Symbolpolitik (Mund- und Nasenmasken) zu betreiben ist das Gegenteil davon.

Dr. Gerald Walland
29.04.2020 – 13:24